

Antrag: „Für eine antifaschistische Universität“

Liste: Hogwarts

Das Studierendenparlament der FU Berlin möge folgende Forderungen beschließen:

Das Studierendenparlament der Freien Universität Berlin solidarisiert sich mit allen Mitgliedern der Hochschule die von trans*feindlicher, antisemitischer, **antimuslimischer** oder rassistischer Diskriminierung betroffen sind.

Ferner beschließt das Studierendenparlament der Freien Universität Berlin, dass der „Campus Alternative Berlin“ keine Infrastruktur oder Gelder der verfassten Studierendenschaft zur Verfügung gestellt werden.

Das Studierendenparlament der Freien Universität Berlin spricht sich zudem dafür aus, dass sich der AStA aktiv für eine antifaschistische, feministische, demokratische und emanzipatorische Universität stark macht, in allen Gremien der Hochschule und darüber hinaus.

Ferner fordert das Studierendenparlament die Universitätsleitung zu folgenden Schritten auf:

1. eine Antidiskriminierung-Kommission einzurichten, die Richtlinien entwickeln soll was Diskriminierung sei, wie es sie z.B. an der Alice-Salomon-Hochschule bereits gibt
2. Als Pendant zur Frauen*beauftragen die Einrichtung weiterer Antidiskriminierungsstellen und -beauftragte, die in Fällen von Rassismus, Antisemitismus, **antimuslimischen Rassismus** und Transfeindlichkeit ansprechbar sind und die gegen Diskriminierung im Alltag und in Institutionen vorgehen. Es braucht nicht nur Konzepte gegen Diskriminierung sondern auch für Empowerment der Betroffenen Statusgruppen. Hier könnte das von Natasha A. Kelly entwickelte Konzept für die HU Berlin richtungsweisend sein.
3. Lehrmodule zu Genderaspekten in allen Studiengängen verpflichtend zu integrieren. Diese sollten ergänzt werden durch Module die sich mit anderen Formen der Diskriminierung auseinandersetzen.
4. Die Hausordnung der Universität so umzuändern, dass ein Ausschluss von externen Personen (Personen die nicht Mitglieder der Uni sind) geschehen darf, sind diese bereits im Vorfeld durch diskriminierendes Verhalten aufgefallen.

Für die Punkte 1, 2 und 4 sollen die Kommissionen, Stellen und Beauftragten von entsprechend von diesen Diskriminierungen betroffenen Personen besetzt werden und durch Betroffene in Form einer Vollversammlung eingesetzt werden.

Begründung:

Seit November 2018 gibt es an der FU Berlin eine AfD-nahe Studi Gruppe, dessen Mitglieder nachweisbar auch Mitglieder in der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative sind, welche

wiederum Verbindungen zur rechtsextremen Identitären Bewegung unterhält. Darüber hinaus sind die politischen Inhalte, die die Campus Alternative Berlin auf ihrer Webseite präsentiert transfeindlich, anti-feministisch, anti-demokratisch, autoritär und elitär. Die Campus Alternative Berlin tut dies zu einer Zeit, in der eine rechte und autoritäre Formierung auch an den Hochschulen sichtbar wird. So tauchten in den vergangenen zwei Jahren immer wieder Propaganda rechter und rechtsextremer Gruppen an Berliner Hochschulen auf, wie z.B. die in der Grimm-Bibliothek der HU kürzlich ausgelegten Flyer einer rechten Terrorgruppe, in denen zu Mord an Muslimen aufgerufen wird.

Doch finden sich die anti-demokratischen Tendenzen auch auf anderer Ebene wieder. Immer häufiger mussten wir in den vergangenen Jahren beobachten, dass studentischem Protest von Seiten der Universitätsleitung mit Kriminalisierung begegnet wurde. In anderen Bundesländern sind die Entwicklungen noch schlimmer – so führte Baden-Württemberg kürzlich Studiengebühren für ausländische Studierende ein, CDU und die Grünen setzten sich für die Beschneidung der Rechte der studentischen Interessenvertretung ein, und die AfD fordert in Sachsen-Anhalt sogar ihre Abschaffung. Somit wird nicht nur deutlich, dass Hochschule ein politisch umkämpfter Raum ist. Mit dem Beschluss geht das Studierendenparlament der Freien Universität Berlin einen ersten Schritt hin zu einer Universität die sich nicht nur gegen Diskriminierung stark macht, sondern eine Universität mit mehr und nicht weniger Demokratie, mit mehr Queeren und Gender-Studies anstatt ihrer Abschaffung, mit mehr und nicht weniger studentischen Protest, mit mehr und nicht weniger Selbstbestimmung in Studium und Lehre.